

## Ein Dorf, eine Schreibe - keine Windenergieanlagen!

Für die Sitzung des Stadtrates am 7. März 2019 hatte die LINKE-Fraktion eine Aktuelle Stunde beantragt und Rederecht für einen Vertreter der Agaer Bürgerinitiative erwirkt. Hintergrund war das Schreiben des OB vom 26.11.2018 an die Obere Landesplanungsbehörde zur Zurückziehung der befristeten Untersagung des Windparks Großaga.

In der aktuellen Stunde sollten folgende Fragen angesprochen werden: Warum gab es im Stadtrat keine Information der Verwaltung, weshalb der Bescheid vom 4. September nicht akzeptiert wurde? Warum wurde an keiner Stelle eine Position des Stadtrates zu diesem Sachverhalt eingeholt, obwohl eindeutige – ablehnende - Stellungnahmen zum Thema Windpark in Aga im Stadtrat und auch im Ortsteilrat Aga beschlossen wurden? Wie ist das weitere Vorgehen der Stadtverwaltung in dieser Angelegenheit?

Seit Monaten treibe, so Andreas Schubert für die Fraktion am Beginn seiner Ausführungen, das Thema Windpark bzw. „Energiedreieck Aga“ die Agaer um. Die einen fürchten sich vor den damit entstehenden Belastungen und Belästigungen und die anderen, weil sie sich mit der Verpachtung ihrer Flächen langfristig attraktive Einnahmen erhoffen.

Es geht um Geld, um viel Geld, und weil man sich nach außen nicht mit dem schnöden Mammon gleichmachen will, verbirgt man seine Ambitionen hinter wohlwollender Maske: Wir retten die Umwelt, wir machen ein Leuchtturmprojekt.

*Doch zunächst ein Blick zurück:*

Auf den Antrag zur Errichtung von 6 Windrädern bei Großaga erteilte die zuständige Obere Landesplanungsbehörde am 04.09.2018 eine befristete Untersagung.

Der Untersagungsbescheid erläutert auf acht Seiten sachlich und nachvollziehbar die Versagungsgründe, die Versagung ist gesetzlich, objektiv und neutral begründet und hat nichts mit einer ablehnenden oder wohlwollenden Herangehensweise zu tun.

Die beantragte Fläche kommt nach gewissenhafter wissenschaftlicher Prüfung nicht einmal in den Rang einer Prüffläche als Vorranggebiet und ist somit weit davon entfernt, Vorranggebiet werden zu können.

Und noch etwas ist wichtig: wenn der Planteil Windenergie mit seinen Vorranggebieten nicht bestätigt worden wäre, dann öffnet das jeglichem Wildwuchs Tür und Tor. Letztlich würden Windenergieanlagen auch dort genehmigt werden müssen, wo sie bestimmt keiner haben möchte.

Die Festlegung von Vorranggebieten ist ein Gebot der Vernunft, da somit garantiert wird, dass außerhalb dieser Vorranggebiete kein einziges Windrad genehmigt werden kann.

Der Bescheid sagt auch, dass weder die im Antrag behauptete „Einmaligkeit“ und „Standortabhängigkeit“ noch die sektorenübergreifende Kopplung von Energiesystemen eine Besonderheit oder ein Alleinstellungsmerkmal darstellen (Seite 7). Damit soll das Vorhaben schön geredet werden und davon ablenken, dass es ausschließlich um private und nicht gesellschaftliche Interessen geht.

Insofern ist es verlogen, wenn man als ehemaliger Windkraftgegner plötzlich zum Befürworter mutierte.

*Und dann passiert das Unglaubliche:*

Am 26.11.2019, 4 Tage vor der Planungsversammlung, in welcher der Beschluss zum Regionalplan, Planteil Windenergie gefasst werden sollte, stellte der OB seinen Antrag an die Obere Landesplanungsbehörde. Dabei ist der Oberbürgermeister geborenes Mitglied der Planungsversammlung und des Planungs- und Strukturausschusses und hät-

te an dieser schicksalhaften Sitzung am 30.11.2019, auf der über die Vorranggebiete beschlossen wurde, teilnehmen können. Was er aber nicht getan hat!

Abgestimmt wurde über einen Plan, in dem es kein Windvorranggebiet Aga gab. Die Vorranggebiete wurden von ursprünglich 39 auf 22 reduziert, sogar Steinbrücken ist nunmehr heraus gefallen.

Wie, so muß man sich fragen, hätte der Herr Oberbürgermeister über diesen Plan abgestimmt, wenn er auf der Sitzung am 30.11. anwesend gewesen wäre?



Inzwischen sei deutlich geworden, deshalb die Aktuelle Stunde, dass der OB diesen Antrag gestellt hat, ohne mit seinen zuständigen Fachdiensten zu beraten, oder auch die Fraktionen des Stadtrates zu befragen.

Das Schreiben des Präsidenten des Landesverwaltungsamtes sagt aus, dass der Antrag nichts Neues enthält, als das, was bisher von den Antragstellern behauptet wurde. Offenbar hat, so jedenfalls der Eindruck der Fraktion, der OB versucht, vorbei an Verwaltung, Stadtrat und Fachgremien, etwas durchsetzen wollen, was eine bestimmte Interessengruppe erwartet hat. Dies sei aus Sicht der LINKE-Fraktion äußerst bedenklich.

Abschließend nochmals Andreas Schubert: „Wir haben auch in Zukunft keine Scheu davor, uns für Vorranggebiete einzusetzen, wenn denn alle Merkmale des äußerst sensiblen Kriterienkatalogs eingehalten werden. Das heißt also, es sind Mindestabstände zur Wohnbebauung, zu Naturschutz- und Vogelschutzgebieten und Denkmälern gesichert, die Windhöflichkeit beachtet, Schutzstreifen und Pufferzonen zu Verkehrs- und Produktionsanlagen sind eingehalten“

## Erstmals Städtepartnerschaftsbericht vorgelegt

In der Stadtratssitzung bedankte sich Peter Jähnert bei den vielen Ehrenamtlichen für deren Engagement in den unterschiedlichen Aktivitäten.

Nach seiner Auffassung sind „Städtepartnerschaften wichtige Instrumente und werden gerne als kommunale Außenpolitik“ bezeichnet.

In der Vergangenheit unterstützten sie die Verständigung zwischen einst verfeindeten Völkern, trugen maßgeblich zum innerdeutschen Einigungsprozess bei und werden in der Zukunft ein wichtiger Wegbereiter der europäischen Einigung sein. Nicht zuletzt, so der Redner, tragen sie einen ganz erheblichen Teil zur Völkerverständigung bei und entziehen den alten und den neuen Brandstiftern den Nährboden für ihre allzu einfachen Antworten. Dafür aber brauche es aus Sicht der Linksfraktion ein koordiniertes Vorgehen aus einer Hand.

Es sei für seine Fraktion nur schwer nachvollziehbar, warum eine Aufteilung der Ansprechpartner in verschiedenen Dezernate erfolgt sei. Die Dezentralisierung sei für ehrenamtlich engagierte Bürger eher hinderlich.

Unverständlich sei auch, warum „die russischen Partnerstädte auf zwei Dezernate aufgeteilt wurden. Vielleicht möchten aber das Büro des Oberbürgermeisters und das Sozialdezernat getrennt voneinander einmal die Tücken eines russischen Visums kennenlernen.

Mit Blick auf unsere Partnerstadt Nürnberg fügte Peter Jähnert noch an: „Vielleicht teile man sich, nachdem es zur Chefsache werde, wechselseitig mit, was man beim Thema Städtepartnerschaft tut.“

### „Landesprogramm *Solidarisches Zusammenleben der Generationen*“ (LSZ); *Nachhaltige Partizipation der Stadt Gera*

Zur Sicherung und Entwicklung einer bedarfsgerechten, öffentlich verantworteten Infrastruktur für Familien zur Stärkung des Zusammenlebens der Generationen wurden aus dem Geraer Sozialplan angeleitete Projektpässe erarbeitet. Aus den Projektpässen wird ersichtlich, dass der überwiegende Teil der Mittel aus dem LSZ bereits durch die Förderung von Bestandsprojekten gebunden ist.

Dazu gehören Erziehungs-, Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen, Frauenzentren, Familienzentren, Seniorenbeauftragte und –beiräte sowie Thüringer Eltern-Kind-Zentren, die im Jahr 2018 eine Zuwendung des Landes erhalten haben.

Unser Antrag, im Projektpass Nr. 9, Aufbau einer Beratungsstelle in der Innenstadt, wurde beschlossen und lautet: „In der neu zu schaffenden Anlaufstelle in der Innenstadt (Stadtteilbüro) werden neue Angebote der Beratung, Unterstüt-

### Geras Partnerstädte sind:

- Arnhem (Niederlande)
- Goražde (Bosnien - Herzegowina)
- Kuopio (Finnland)
- Nürnberg
- Plzen (Tschechische Republik)
- Pskow (Russland)
- Rostow am Don (Russland)
- Saint-Denis (Frankreich)
- Skierniewice (Polen)
- Sliven (Bulgarien)
- Timisoara (Rumänien)
- Fort Wayne (USA)

„...Die Geschichte der Städtepartnerschaften in der Otto-Dix-Stadt Gera beginnt nach dem Zweiten Weltkrieg, am Ende der fünfziger Jahre. 1959 knüpft die Stadt Gera die ersten Kontakte mit der französischen Stadt Saint Denis, welche mit einem Partnerschaftsvertrag im selben Jahr besiegelt wurde.“  
(Quelle: Stadt Gera, Internetseite)

zung und Information installiert und nicht bereits bestehende Angebote im Quartier noch einmal installiert.

2. In das geplante Interessenbekundungsverfahren ist der Ausschuss für Soziales und Gesundheit einzubeziehen, indem er über die Ausschreibungskriterien berät und beschließt.“

### Landesverwaltungsamt hat den *Haushalt 2019 und das Haushaltssicherungskonzept ohne Auflagen genehmigt*



Die Linksfraktion organisiert auch künftig am Freitag nach jeder Stadtratssitzung eine **Sprechstunde unter freiem Himmel.** Mitglieder der Fraktion freuen sich auf das Gespräch mit den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Gera.

Gerne geben wir Auskunft über den Verlauf der Stadtratssitzung am jeweiligen Donnerstag und die aktuellen Aktivitäten der Fraktion. Wir haben ein offenes Ohr für die Anliegen der Passanten und freuen uns auf viele Begegnungen.

Informieren Sie sich über die konkreten Termine im Internet unter [www.die-linke-gera.de/](http://www.die-linke-gera.de/)

Sie interessieren sich für die umfangreiche inhaltliche Arbeit des Geraer Stadtrates und wollen mehr wissen?

Alle öffentlichen Stadtratsbeschlüsse einschließlich der Protokolle der öffentlichen Sitzungen der Ausschüsse und des Stadtrates finden Sie unter

<https://gera.ratsinfomanagement.net>

### Impressum

V.i.S.d.P.: Fraktion DIE LINKE. Gera  
Andreas Schubert (Fraktionsvorsitzender)  
Anschrift: Kornmarkt 12 07545 Gera  
Tel.: 03 65 / 8 38 15 30  
E-Mail: [die-linke-fraktion@gera.de](mailto:die-linke-fraktion@gera.de)  
Homepage: [www.die-linke-gera.de/aus\\_dem\\_stadtrat/](http://www.die-linke-gera.de/aus_dem_stadtrat/)

Sie erreichen uns im Rathaus. Bitte beachten Sie auch die Veröffentlichungen über die Bürgersprechstunden, jeweils dienstags, in den Öffentlichen Bekanntmachungen der Stadt Gera.